

GESANDTSCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN PORTUGAL1399 LISBOA CODEX
Travessa do Patrocinio 1
Tel. 01/397.31.21/22
Fax 01/397.71.87T E L E F A X F U E R S E D ADeckblatt

LISSABON 11.05.1993/15.00

Priorität: ---

Anzahl Seiten, inkl. Deckblatt: -4-

Klassifikation: offen [] chiffriert [xxx]

Ref.: 376.100 - NS/RS

Nummer: < ---- >

Für EDA, Telegrammdienst, mit der Bitte um Weiterleitung

Original: EVD, BAWI
Dienst Freihandelsländer

Kopie : EDA, Politische Abteilung I

* * * * *

Affäre Refonda/Metalimex

Ich beziehe mich auf die Notiz des BUWAL vom 30. April 1993 und Ihr Telephongespräch mit meinem Mitarbeiter vom 5.5.93 in randvermerkter Angelegenheit.

Was die mögliche Belastung der Beziehungen mit Portugal betrifft, gibt es folgende Unterscheidung zu machen:



- 1) Rein bilaterales Verhältnis: Die Affäre der Metalimex in Setubal ist für die Regierung insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Gemeindewahlen im Dezember 1993 von Bedeutung. Die Strategie der Regierungspartei PSD zielt darauf hin, in diesen Wahlen die Städte zu erobern, welche sich gegenwärtig in den Händen der Sozialisten (PS) oder von Koalitionen (PS mit PC/UDC, d.h. extremer Linke) befinden. Neben dem Grundproblem der Umweltbelastung, die es zu beseitigen gilt und die schlecht in die Landschaft aufkeimenden Umweltbewusstseins passt, handelt es sich damit vor allem um ein innenpolitisches Problem. In diesem Zusammenhang muss unterstrichen werden, dass erstmals, neben den anderen wichtigen Themen wie die sich verschlechternde Wirtschaftslage, die ungenügende Effizienz und Rentabilität der Unternehmen mit dadurch verursachten zunehmenden Entlassungen, die Korruption und die Lage der Landwirtschaft, nun 1993 auch die Umweltpolitik ein wichtiges Wahlkampfthema geworden ist. Setubal, eine von der Linken regierte Region (hauptsächlich PC und extreme Linke) mit hoher Arbeitslosigkeit, ist als Hafen- und Industriestadt voll von Umweltproblemen, dasjenige der Metalimex jedoch das einzige, wo der "schwarze Peter" ins Ausland - d.h. die reiche Schweiz - geschoben werden kann. Der Fall, der als Alibi-Uebung interpretiert werden kann, ist bei den Politikern sicher populär, erlaubt es doch einerseits der Opposition, die Regierung anzugreifen, andererseits der Regierungspartei PSD, den Druck an das Ausland weiterzugeben. Dies könnte auch die bisher intransigente Haltung der Portugiesen erklären, welche vorläufig mit ihrem kategorischen Nein gegenüber der Schweiz nichts zu verlieren hatten, da wir ja als hochentwickelter Industriestaat, der versucht, seinen Abfall in einem weniger entwickelten europäischen Südstaat loszuwerden, zumindest als moralisch Schuldiger dazustehen

- 3 -

scheinen. Die uns eventuell juristisch auferlegten Einschränkungen der Abfallverordnung (inkl. Verjährungsfrist) erscheinen als Rückzugsgefechte, die durch politische Entscheidungen ausser Kraft gesetzt werden können. Wieso so schnell nachgeben, mögen sich die Portugiesen fragen ? Erst ein negativer Entscheid (zumindest teilweise) in bezug auf die Rückschaffung dürfte die Gespräche in Richtung kooperativer Lösung lenken (Verarbeitung in Setubal mit Kooperationsarrangement mit Refonda und BUWAL), es sei denn, Portugal sei gewillt, zu erpresserischen Methoden zu greifen (siehe nächster Punkt).

2) Portugal als EG-Mitglied: Alles ist so angelegt, dass die Affäre Refonda/Metalimex mit Brachialgewalt durch den schweizerischen Steuerzahler gelöst werden könnte, falls Portugal wirklich gewillt ist, die Affäre in das Paket der laufenden schweizerischen Bemühungen um Bilateralisierung der Integrationsbestrebungen einzubringen:


- Der vorsitzende der interministeriellen Kommission für die Affäre Metalimex ist der für Integrationsfragen zuständige Staatssekretär V. Martins;
- Portugal möchte nach dem TEEE-Nein vom 6.12.92 soviel wie möglich bilateral aus der Schweiz herausholen;
- Für Gemeinschaftsbeschlüsse im Interesse der Schweiz ist das portugiesische JA Voraussetzung.

Ob Portugal zu diesen an Erpressung grenzenden Ueberlegungen und Handlungen schreiten wird, ist natürlich offen. Wir wissen nicht, ob Portugal eine "fall-back" Position diskutiert hat und, falls nötig, zu Kompromissen bereit ist.

- 4 -

Das einzige, was im Moment geraten^{werden} kann, ist, die Angelegenheit sehr vorsichtig zu handhaben und keine voreiligen Schritte zu tun. Der Entwurf eines Entscheides, sollte dieser für Portugal negativ sein, müsste sicher zuerst in Lissabon informell dem Umweltminister und Staatssekretär Vitor Martins mitgeteilt werden, damit diesen Gelegenheit geboten wird, uns positive Signale eines Einlenkens zu geben. Sollten diese ausbleiben, müsste in Bern erneut über die Bücher gegangen werden, unter Abwägung aller Risiken und in Anbetracht der uns tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel.

Der Schweizerische Botschafter


(Erik-R. Lang)